

Arbeiten und Leben nach Corona Was wir jetzt ändern müssen

Von Wolfgang Kessler

Aktueller könnte diese Matinée nicht sein:

Das vorläufige Auslaufen der Corona-Pandemie zeichnet sich ab.

Es wird gelockert.

Immer heftiger drängen viele auf die möglichst schnelle Rückkehr zur Normalität – bei sich und in ihrer Umgebung

Doch was heißt Normalität? Meint dies jene Normalität, die vor der Krise geherrscht hat?

Natürlich: Viele Unternehmer, viele Politikerinnen und Politiker, aber auch viele Bürger wollen genau diese Normalität zurück.

Die Hoffnung vieler Unternehmer lautet: Jetzt mit Steuergeldern die Pferde satteln und dann losreiten wie früher: Schneller, höher, weiter, in die ganze Welt.

Viele Menschen wollen wieder einkaufen, besuchen, reisen, feiern

Diese Wünsche sind verständlich.

Andererseits ignoriert der Wunsch nach einer schnellen Rückkehr zur Normalität der Zeit vor der Pandemie, was das Virus deutlich gemacht hat.

Und was niemand besser ausgedrückt hat als Entwicklungshilfe-Minister Gerd Müller:

„Die Pandemie ist ein Weckruf an die Menschheit, mit Natur und Umwelt anders umzugehen. Deswegen können wir nicht einfach zur Normalität der Globalisierung zurückkehren. Der Immer-Weiter-Schneller-Mehr-Kapitalismus muss aufhören.“

Gerd Müller hat Recht

Das tödliche Virus brauchte nur wenige Tage, um die Prinzipien des Neoliberalismus zu entzaubern, die seit Jahrzehnten von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik als absolute Wahrheit verkündet werden:

Dass nämlich der Wohlstand aller wächst, wenn jeder/jede Einzelne seinen oder ihren egoistischen Interessen folgt.

Dass der freie Markt stets effektiv ist, der Staat aber ein teurer Moloch.

Es waren die britische Premierministerin Margaret Thatcher und US-Präsident Ronald Reagan, die diese Prinzipien Ende der 1970er Jahre in Politik umsetzten.

Sie senkten Steuern für Reiche und für Unternehmen – und sie privatisierten an öffentlichen und sozialen Dienstleistungen, was sie privatisieren konnten.

Es war Ronald Reagan, der die Doktrin des Neoliberalismus auf den Punkt brachte: „Die Regierung ist nicht die Lösung unserer Probleme, die Regierung ist das Problem.“

Doch die Pandemie entlarvt diese angeblichen Wahrheiten als Lüge.

Plötzlich rufen Unternehmer nach dem Staat.

Wirtschaftswissenschaftler, die vorher jede politische Regung an der schwarzen Null – keine Neuverschuldung – gemessen haben, plädieren für dreistellige Schulden-Milliarden.

Jahrzehntelang galt der Sozialstaat Vielen als teurer Buhmann – jetzt wurde er zum Retter.

Plötzlich nahmen auch liberale und konservative Politiker ein Wort in den Mund, das lange Zeit Kirchen und Gewerkschaften überlassen wurde: Solidarität

Und hielten es jenen entgegen, die trotz Corona-Beschränkungen auf ihre persönlichen Freiheiten nicht verzichten wollten

Aber:

Trotz der plötzlichen Wende entzauberte das Virus die ohnehin schon großen Risse und Schwächen der deutschen Gesellschaft:

Wir wissen seit langem, wie ungleich der Reichtum in dieser Gesellschaft verteilt ist:

Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt ein Drittel des Gesamtvermögens.

Die reichsten zehn Prozent besitzen zwei Drittel des Vermögens.

Doch das Virus führte die Risse in der Gesellschaft vor Augen:

- zwischen angestellten Gutverdienern im Home Office und prekär Beschäftigten in Schlachthöfen und im Paketdienst;
- zwischen Frauen und Männern und ihren unterschiedlichen Rollen – und in ihren unterschiedlichen Einkommen;
- zwischen jenen, die am Stadtrand mit Garten leben und jenen in Hochhäusern;
- zwischen Kindern aus Mittelstands-Familien und jenen aus ärmeren Familien, denen es an Geräten für das digitale Lernen und der notwendigen Unterstützung fehlt;

Die Spuren und Hinterlassenschaften des Neoliberalismus sind hierzulande nicht so tief, wie in Großbritannien oder in den USA.

Und doch tief genug, um immer deutlicher zutage zu treten:

Da wunderte sich der Sozial- und Gesundheitsminister von Nordrhein-Westfalen, Karl-Josef Naumann, mit dem ich früher Veranstaltungen gemacht habe, dass in Krankenhäusern keine Schutzanzüge vorgehalten werden, dass es zu wenig Personal gibt,

dass in Pflegeheimen und Krankenhäusern auf Teufel komm raus gespart wird.

Plötzlich fällt manchen Politikern auf, dass dies Folgen der Privatisierungswellen der vergangenen 25 Jahre sind.

Sie haben Gesundheit und Pflege zu einer Ware gemacht.

Und jetzt wird sie gehandelt.

Inzwischen besitzen Finanzinvestoren und Großkonzerne 45 Prozent der Krankenhäuser und 25 Prozent aller Pflegebetten.

Krankenhäuser und Pflegeheim müssen Renditen erwirtschaften.

Kliniken versuchen, die Kosten so niedrig wie möglich zu halten.

Sie rechnen nach Fallpauschalen ab.

Bevorzugt werden Routine-Operationen, die viel Geld bringen.

Löhne sind Kosten, überall wird gespart, es fehlt an Personal, vor allem in Pflegeheimen.

Viele wussten es, doch jetzt fällt es allen auf.

Es besteht kein Zweifel:

Unter diesen Bedingungen haben sich die deutschen Ärzte und Pflegekräfte in der Corona-Krise hervorragend geschlagen.

Trotzdem gilt, was der Hamburger Ärztepräsident, Pedram Emami, so ausdrückt:

„Wir haben die perverse Situation, dass der Druck des Geldes über dem medizinischen Sachverstand steht“.

Ebenso grundlegend sind die Auswüchse der Globalisierung an der Börse und im Handel,.

Klar: Vielen engagierten, kritischen Bürgerinnen und Bürgern war schon immer, dass unser Wohlstand auf geringen Löhnen, billigen Rohstoffen und auf der Zerstörung der Umwelt fußt.

Von den Regierenden hat dies niemanden interessiert, denn die Globalisierung ist eine Erfolgsgeschichte – für die Exportwirtschaft

Deutschland kauft auf der ganzen Welt billige Rohstoffe und Billigwaren – und billige Arbeitskräfte

Und liefert dafür Maschinen und teure Konsumgüter

Davon profitierten die Exporteure, viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Verbraucher, weil die Globalisierung Arbeitsplätze und billige Waren brachte.

Doch jetzt wissen wir: Der Preis ist hoch

Deutschland ist auf existenzielle Weise von globalen Lieferketten abhängig.

Die Herstellung von Medikamenten wurde nach China und Indien verlagert, sagt der Pharmakologe Fritz Sörgel;

Schutzausrüstungen und Masken liefert China – ebenso wie Elektro-Batterien

Digitale Technologien liefern – von Ausnahmen abgesehen – US-Konzerne;

Und viele Produkte – von Autos über Jeans bis zu Joghurts – wandern über viele Länder, bevor sie hier verkauft werden;

Die Transporte, der Welthandel bedrohen die Umwelt und heizen das Klima auf

Deutlich wurde auch die fatale Rolle des Agrar- und Fleischkapitalismus:

Die globale Fleischproduktion dringt immer weiter in den Dschungel vor.

Dort nisten Wildtiere, die von Viren befallen sind.

Wenn die Agrarproduktion immer weiter in den Dschungel vordringt, setzt dies Viren frei, die auf Nutztiere überspringen;

Der hohe Futtermittelbedarf der Tiere führt zur Rodung von Wäldern – Gensoja für die Massentierhaltung stammt aus dem Amazonas.

Und dann werden die Tiere quälerisch gehalten und geschlachtet, oft von Menschen, die dabei auch noch ausgebeutet werden.

Und dann auch noch schnell infiziert.

Und dann erlebten wir noch die Hypotheken der unbewältigten Finanzkrise.

Was wurde nach dem Zusammenbruch vor gut zehn Jahren nicht alles gefordert: eine Finanztransaktionssteuer gegen Spekulanten, das Verbot von Leerverkäufen, Beschränkungen des Hochfrequenzhandels, deutlich mehr Eigenkapital für die Banken.

Schon am Anfang der Pandemie rächt sich, dass nur wenig davon verwirklicht wurde.

Die Börsen fielen rasant

Doch: An den Börsen sind die Verluste der einen die Gewinne anderer.

Während die Kurse vieler Anlagen fielen, bereicherten sich jene, die auf die Krise setzten.

Seit Mitte März spekulieren vor allem US-amerikanische Hedgefonds mit sogenannten Leerverkäufen auf sinkende Kurse, die sie auch noch selbst herbeiführen:

Das geht so: Sie leihen sich an einem Tag Aktien für hunderte von Millionen Dollar (deshalb Leerverkauf) und verkaufen diese sofort wieder. Aufgrund der großen Menge an Wertpapieren, die nun auf den Markt drängen, sinken die Kurse stark.

Dann kaufen sie die Aktien zu geringen Kosten ein, geben sie zurück und behalten den Gewinn aus den Verkaufserlösen.

Der Spekulant William Ackman, verdiente auf diese Weise 2,6 Milliarden Dollar.

Und vergessen wir bei all diesem Reichtum nicht, dass es die Ärmsten der Armen im Süden der Welt sein werden, die am meisten unter dieser Pandemie zu leiden – sei es durch, Hunger, durch Armut oder dadurch, dass sie beim Impfen vergessen werden

Insofern ist die Pandemie ein Weckruf

Die Bundesregierung hat sich in der Pandemie vor allem anfangs wacker geschlagen;

Im Unterschied zu allen Krisen zuvor hat sie ihre Unsicherheit eingestanden, auf Wissenschaftler gehört und ihre Maßnahmen Schritt für Schritt angepasst.

Das verdient Respekt.

Inzwischen wurden viele Fehler offensichtlich.

Offensichtlich wurde auch ein tiefer Wertegraben in Deutschland:

- zwischen jenen, die trotz der Notsituation nicht auf ihre Rechte und Möglichkeiten verzichten beziehungsweise sich nicht einschränken wollen – und den anderen, die sich besonders engagiert für alle einsetzen, gerade wegen des Virus

- zwischen jenen Verbänden, die ausschließlich die Interessen ihrer Gruppe im Blick haben und jenen, die sich für das Allgemein-Interesse stark machen.

- zwischen jenen, die keine Zweifel am bisherigen zulassen wollen und jenen, die von dem bewussten Leben in der Pandemie etwas in die Zukunft hinüberretten wollen.

Was die Krise wirklich zeigt, brachte Papst Franziskus auf dem menschenleeren Petersplatz so auf den Punkt:

„In unserer Gewinnsucht haben wir uns ganz von den materiellen Dingen in Anspruch nehmen und von der Eile betäuben lassen. Wir haben uns von Kriegen und weltweiter Ungerechtigkeit nicht aufrütteln lassen, wir haben nicht auf den Schrei der Armen gehört. Wir sind unerschrocken weitergerast in der Meinung, dass wir in einer kranken Welt immer gesund bleiben würden.“

Deshalb bietet die Corona-Krise eine Chance, Fehlentwicklungen zu korrigieren, die das Virus ans Tageslicht brachte

Da reicht es aber nicht, jetzt einfach Milliarden in die alte Wachstumswirtschaft zu investieren, damit alles wieder so schnell läuft wie früher.

Wollen wir wirklich aus der Krise lernen, dann müssen Politik, Unternehmen, Gewerkschaften, und wir alle vieles verändern
Was?

1. Beginnen wir mit sozialer Gerechtigkeit.

Es war wichtig, kurzfristig ein Mehr an Arbeitslosigkeit und Insolvenzen zu verhindern.

Doch es braucht grundlegende Veränderungen.

So wäre jetzt die Zeit für eine Kindergrundsicherung von 450 Euro pro Kind.

Es braucht jetzt höhere Sätze für Hartz IV, 100 Euro sagen die Kirchen,

einen höheren Mindestlohn bis zu zwölf Euro.

Jetzt ist nicht die Zeit für ein bedingungsloses Grundeinkommen, da die Menschen unterschiedlich von der Krise betroffen sind,

Aber: Jetzt ist die Zeit für ein bedingtes Grundeinkommen bis zum Sommer 2022 für Solo-Selbständige und Kulturschaffende, für ärmere Rentnerinnen und Rentner.

Und es geht darum, Familien, vor allem Frauen, zu stärken, die alleingelassen wurden.

Es braucht endlich Wertschätzung und gerechte Löhne für Pflegekräfte

Ein erster Schritt ist auf dem Weg.

Obwohl alle gerne darum herumreden:

Es ist schon wichtig, über die Rückzahlung der Schulden zu sprechen; Trotz der negativen Zinsen, die ihre Rückzahlung erleichtern werden.

Denn sonst bleiben sie den Normalverdienern und künftigen Generationen überlassen – und das halte ich für falsch.

Es geht darum, spätestens ab 2022 die Grundlagen dafür zu legen, dass die Besserverdienenden und Vermögenden einen größeren Teil an der Schuldentrückzahlung übernehmen. Beispiel: Lastenausgleich. Die Vorschläge liegen auf dem Tisch: eine Vermögensabgabe, die Wiedereinführung einer Solidaritätszuschlages, der ab einer bestimmten Steuerlast fällig wird. Oder eine höhere Steuer auf Dividenden und Zinsen.

Was besonders wichtig ist:

Zur Finanzierung des 1200 Milliarden-Euro -Programmes des Europäischen Union müssen die Steuern der großen Konzerne ebenso herangezogen wie die Einnahmen aus einer überfälligen Finanztransaktionssteuer.

2. Gesundheits- und Pflegesystems

Ärztepräsident Klaus Reinhardt hat es auf den Punkt gebracht. Er fordert ein „neues Finanzierungsmodell für Krankenhäuser, das den Menschen dient und nicht dem Profit“.

Ein erster Schritt wären höhere Investitionen der Landesregierungen in die Kliniken – und in die Gesundheitsämter.

Mindestens so wichtig sind jedoch Veränderungen in den Krankenhäusern und in den Pflegeheimen.

Soll dort der Mensch mehr zählen als der Profit, dann müssen die Kommunen oder gemeinnützige private Träger Krankenhäuser und Pflegeheime übernehmen.

Der Zwang zu einer Rendite für Eigentümer darf nicht über die Behandlung oder über die Pflege von Menschen entscheiden.

Es braucht ein Finanzierungsmodell, das den medizinischen Bedarf der Patienten und die Pflege der Menschen in den Mittelpunkt stellt, statt aus betriebswirtschaftlichen Gründen falsche Anreize zu setzen. Und dies bei einem Personalschlüssel, der dem Personal Zeit für die Patienten lässt.

Deshalb wäre jetzt die Chance, über eine gerechtere Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung nachzudenken:

Österreichs Bürgerversicherung könnte als Modell dienen.

Auch dort kommt der Staat für die Investitionen der Krankenhäuser auf.

Im Gegensatz zu Deutschland werden die Krankenversicherungen jedoch von allen Bürgern und von Beiträgen auf (fast) alle Einkommen gespeist.

Im Nachbarland zahlen Arbeitnehmer, Beamte, Selbstständige und Unternehmen gleichermaßen in die wenigen Krankenkassen ein – und dies nicht nur von Löhnen und Gehältern, sondern auch von Einnahmen aus Gewinnen und Zinsen.

Besserverdienende zahlen mehr in die Kassen als in Deutschland.

Kranken- und Pflegeversicherung gerecht zu finanzieren ist möglich.

3. Nachhaltige Entwicklung

Während des Lockdowns sahen sogar Chinesen und Italiener wieder den Himmel über den großen Städten.

Deshalb geht es jetzt nicht um eine Rückkehr zur alten Wachstums- und Verschmutzungs-Wirtschaft, sondern zum Aufbau einer nachhaltigen, zukunftsfähigen Ökonomie.

Der erste Schritt ist der Ausstieg aus der fossilen Ökonomie - mit einer kräftigen Förderung von Windkraft zu Wasser und zu Land sowie einer Offensive für mehr Solarenergie.

So entstehen Arbeitsplätze im lokalen Handwerk - und jener Ökostrom, der für E-Mobilität und Digitalisierung benötigt wird.

Zweitens geht es um ein klimaverträgliches Wirtschaften.

Dazu braucht es einen Preis für CO₂.

Seit Januar kostet die Tonne 25 Euro

Die Schweiz zeigt, wie ein steigender Preis für CO₂ den Klimaverbrauch einspart und zu Gerechtigkeit beiträgt:

Dort kostet die Tonne Kohlendioxid beim Heizen 89 Euro.

Und siehe da: Beim Heizen geht der Verbrauch von Öl und Gas stark zurück. Und nicht nur dies: Die Einnahmen aus der Kohlendioxid-Abgabe werden gleichmäßig an alle Bürgerinnen und Bürger zurückgezahlt.

Gerechtigkeit und Klimaschutz sind möglich.

Nutzen wir die Chance für eine ökologische Verkehrswende:

In vielen Städten wurden Straßen zu Radwegen umfunktioniert; belassen wir sie dabei.

Nutzen wir die Krise des Fliegens und des Schiffstourismus zur Begrenzung von klimaschädlichem Fliegen, der vielen Kreuzfahrten, der Nutzung von umweltschädlichen Transportschiffen.

Stärken wir die Bahn mit einem Billigticket von einem Euro pro Tag für alle Bundesländer und von vier Euro pro Tag für das gesamte Netz in Deutschland.

Ersetzen wir viel Verkehr durch Videokonferenzen.

Und sorgen wir dafür, dass der Europäische Green Deal Europa mittelfristig zu einer ökologischen Vorzeigeregion machen.

4. Denken wir eine Alternative zur neoliberalen Globalisierung:

Die Pandemie hat die neoliberale Globalisierung als Fehlentwicklung entlarvt.

Ein Welthandel, der nur das billigste Produkt belohnt, zerstört die Welt.

Es braucht Alternativen und sie lauten: Stärkung der Regionen, Europa und Fairness.

Konkret: Höhere Transportpreise und Investitionen in die regionale und lokale Wirtschaft müssten dafür sorgen, dass künftig kein Joghurt mehr 9000 Kilometer im Becher hat, bevor er in Deutschland

serviert wird, nur weil die Erdbeeren aus Polen kommen und die Becher aus Belgien.

Stärken wir die regionale Produktion und den regionalen Konsum.

Und stärken wir den nachhaltigen Umbau der Landwirtschaft.

Und nehmen Rohstoffe aus der Region. Damit wir nicht immer mehr

Palmöl und Gensoja aus den Regenwäldern brauchen.

Die Europäische Union hat nur eine Wahl: Entweder sie stärkt sich oder sie wird zwischen den USA und China zerrieben.

Das 1200 Milliarden Euro Paket ist ein Hoffnungsschimmer, dass künftig gemeinsamer Verkehr, digitale Technologien, nachhaltige Produktion und die Infrastruktur in der Europäischen Union gefördert wird.

Dann müssen sich Europas Regierungen nicht mehr an China wenden, wenn sie eine Brücke bauen wollen.

Kehren wir zu einer größeren Fertigungstiefe zurück.

Schaffen wir wieder Lagerhaltung und hören auf damit, die Lagerhaltung auf die rechten Spuren der Autobahnen zu verlagern.

Und natürlich müssten Chips, Batterien, Medikamente und andere Grundstoffe und Technologien in Europa hergestellt werden, die Europa heute von Asien abhängig machen.

Nur eine Digitaloffensive in der Europäischen Union kann dafür sorgen, dass Europa nicht bis in alle Ewigkeit auf Google und Co. angewiesen sein wird.

Doch bei alledem: Aus der Weltwirtschaft auszusteigen hieße, nationalistisch zu denken und die Armen zu vergessen.

Noch immer liefert Europa seine Hähnchenschenkel billig nach Afrika und zerstört die Landwirtschaft.

Noch immer kauft Europa billige Rohstoffe und Futtermittel und liefert Maschinen.

Noch immer fließt mehr Geld über den Handel in den Norden als über die Entwicklungshilfe in den Süden.

Und spätestens dies zeigt, wie dringend mehr Gerechtigkeit benötigt wird.

Erlassen wir also den Regierungen im Süden die Schulden, die mehr Geld in Gesundheit und Bildung investieren.

Schaffen wir einen gerechten Welthandel

Stellen wir uns vor, es dürfen nur noch fair gehandelte, nachhaltig hergestellte Waren zollfrei nach Europa; Ausbeutungsprodukte werden durch Zölle ebenso verteuert wie Palmöl oder Futtermittel.

Dann belohnt der Welthandel Fairness und Nachhaltigkeit

Und das hilft jenen besonders, die besonders von der Pandemie betroffen sind, den Armen.

Sind solche Veränderungen realistisch?

Wie gesagt, es gibt Unternehmen, die zurück wollen zum alten Wachstum, zum Immer Mehr, zum Immer Schneller;

Es gibt die Sehnsucht von Bürgerinnen und Bürger, die schnell wieder nach Mallorca wollen, auf Kreuzfahrtschiffe, ein neues Auto, konsumieren auf Teufel komm raus.

Aber: Krisen verändern Menschen

Umfragen zeigen, dass es keine Mehrheit in für ein Zurück zum Alten gibt.

Es gibt einen Wertewandel.

Für viele Menschen hat Familie einen höheren Stellenwert bekommen;

Viele denken über den Wert von Arbeit, über Geschwindigkeit, über ihr Wohlbefinden, über Wohlstand, über ihre Umwelt neu nach; Sie haben ihre Umwelt neu kennengelernt, Nachbarn, Natur, Hofläden, Geschäfte

Und die Menschen erleben, dass der Kapitalismus nicht zusammenbricht, wenn die Politik Regeln erlässt.

Kurzum, die Chance besteht, aus dieser Krise zu lernen, dass es Alternativen gibt – für die Politik und für uns alle.

Es gilt, was die junge Poetin Amanda Gorman bei der Vereidigung des neuen US-Präsidenten Biden gesagt hat:

»Die neue Morgendämmerung erblüht, wenn wir sie befreien. Denn es gibt immer Licht, wenn wir nur mutig genug sind, es zu sehen wenn wir nur mutig genug sind, es zu sein.«

Wenn wir mutig sind, könnten wir in fünf Schritten versuchen, dem alten Modell von Immer Weiter, Immer mehr, Immer schneller Alternativen entgegen zu leben:

1. Konsumieren wir bewusst und fragen, ob die Waren im Einklang mit der Natur produziert, unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und zu gerechten Löhnen hergestellt wurden.
2. Sorgen wir dafür, dass unsere Ersparnisse für eine nachhaltige und gerechte Wirtschaftsweise arbeiten – es gibt heute viele Möglichkeiten, sein Geld fair und nachhaltig anzulegen
3. Stärken wir unsere nähere Umgebung: die Beziehungen zu unseren Nachbarn, kaufen wir in den Geschäften, die es noch gibt, sonst gibt es bald keine mehr, kaufen wir vor Ort nicht online, wenn möglich; nutzen wir die Hofläden, unterstützen wir die Kultur in unserer Umgebung.
4. Leben wir gemeinsam statt einsam und teilen. Es gibt viele Möglichkeiten: Vernetzte Nachbarschaften; gemeinsames Wohnen – Wohnen in Mehr- Generationen-Häusern; die gemeinsame Pflege von Ländereien und Gärten, das Teilen von Autos, Waschmaschinen oder von Dienstleistungen. Nutzen wir Dinge, ohne sie zu besitzen.
5. Engagement kann zu Erschöpfung führen und auch in Fanatismus münden. Deshalb: Genießen wir auch die Sonnenseiten des Lebens genießen und bleiben locker. Unser

Motto: Ich weiß, dass ich die Welt alleine nicht verändern kann, aber ich versuche es, damit ich in den Spiegel sehen kann.

Wenn die Politik sich ändert und wir auch, dann könnte die Hoffnung der indischen Schriftstellerin Arundhati Roy wirklich tragen:

„Die Pandemie öffnet ein Tor zwischen dieser Welt und der nächsten. Wir können uns entscheiden, durch dieses Tor zu gehen und die Kadaver unserer Vorurteile, unseres Hasses, unserer Habsucht, unserer Datenbanken, unserer toten Ideen, unsere verdreckten Flüsse, unserer rauchverhangenen Himmel mitzuschleppen. Oder wir können mit Leichtigkeit durchgehen, mit kleinem Gepäck und bereit sein, uns eine andere, eine bessere Welt vorzustellen. Und dann für sie zu kämpfen.“

Wolfgang Kessler, geboren 1953, ist Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler (Dr.rer.soc.) und Publizist.

Nach einer kurzen wissenschaftlichen Tätigkeit beim Internationalen Währungsfonds in Washington D.C. Anfang der 1980er Jahre arbeitet er als Journalist.

Er war zunächst freier Journalist. Ab 1991 war er Ressortleiter für Politik und Gesellschaft bei unabhängigen christlichen Zeitschrift „Publik-Forum“. Von 1999 bis 2019 war er Chefredakteur

Im Jahre 2007 erhielt Kessler den Internationalen Bremer Friedenspreis ausgezeichnet - für sein Wirken für „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“.

Am 19. Juni 2021 wird er in Frankfurt am Main mit dem Walter Dirks Preis für „engagierten Journalismus“ ausgezeichnet.

Er ist Autor zahlreicher Bücher zu sozioethischen Fragen:
Aktuell:

- Im Mai 2019 publizierte er die Streitschrift „Die Kunst, den Kapitalismus zu verändern“ im Publik-Forum Verlag“. 15 Euro
„Ein Buch für alle, die in diesem Land etwas verändern wollen“
(Stephan Hebel, Frankfurter Rundschau)

- Im Mai 2021 erschien das Buch „Macht Wirtschaft! Ökonomie verstehen – und verändern“ Publik-Forum Verlag. 20 Euro
„Das Buch erinnert mich an die Sendung mit der Maus. Sie hat den Anspruch, komplizierte Fragen einfach zu beantworten. Diesen Anspruch löst auch Kesslers Buch ein.“
(Heribert Prantl, Süddeutsche Zeitung)

Handsignierte Exemplare sind erhältlich bei:

Wolfgang.kessler@posteo.de

